

Projektkurzbeschreibung:

Umsetzungshilfen für das Risikomanagement im Rahmen von REACH

Die Risiken von Altstoffen zu beurteilen und risikomindernde Maßnahmen auf den Weg zu bringen, sind zwei getrennte Verfahrensschritte, die im Rahmen des geltenden EG-Altstoffrechts bislang im Verantwortungsbereich der Chemikalien-Behörden liegen. Demgegenüber will REACH die sichere Anwendung von Stoffen in Produkten und Prozessen primär durch eigenverantwortliche Informationsbeschaffung und Kommunikation der Akteure in der Wertschöpfungskette erreichen. Gleichzeitig bleiben die Regelungen und Pflichten des Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutzes bestehen. Die Unternehmen und ihre Verbände, aber auch die zuständigen Behörden stehen damit vor einer mehrfachen Herausforderung. Sie haben im Kern die folgenden Punkte zu klären:

- Was ist meine Rolle unter dem neuen Regelwerk? Was wird von mir erwartet? Wie kann ich die neue Rolle ausfüllen?
- Wo bestehen Schnittstellen zum Verantwortungsbereich anderer Akteure?
- Welche Strategien gibt es, mit diesen Schnittstellen umzugehen?
- Was bedeutet dies für die – inner- und überbetrieblichen – Kommunikationsprozesse?
- Auf welche vorhandenen Strukturen und Hilfsmittel kann ich zurückgreifen, um die vorgenannten Aufgaben zu bewältigen?

Das Projekt fragt am Beispiel einer Wertschöpfungskette (Chemikalienanwendung im Bereich der Galvanik) danach, an welchen Punkten die betroffenen Unternehmen Umsetzungshilfen für das Risikomanagement unter REACH benötigen. Im Wege eines „Ist-Soll-Vergleiches“ geht es zunächst darum, das aktuell verfügbare Wissen über verwendete Stoffe, aber auch die vorhandenen Prozesse und Instrumente zur Kommunikation und Kooperation entlang der Wertschöpfungskette den Anforderungen nach REACH gegenüberzustellen.

Stoffbeispiele veranschaulichen die Schnittstellen zwischen den REACH-Mechanismen und dem geltendem sektoralen Umweltrecht (Immissionsschutz und Anlagensicherheit, Wasser, Abfall) und ermöglichen es, einerseits die praktische Umsetzung der REACH-Mechanismen zu erproben, sondern andererseits auch eventuelle Zielkonflikte oder Synergien zum Vollzug des sektoralen Umweltrechts zu identifizieren und Lösungsstrategien zu entwickeln. Daraus lässt sich dann ableiten, wie sich die vorhandene Instrumente in das REACH-Risikomanagement integrieren lassen und welche Anforderungen an eine Informations- und Kommunikationsplattform zu stellen sind.

Ergebnisse des Projektes sind Instrumente für einen Ist-Soll-Abgleich für die Wertschöpfungskette und für Betriebe über das Wissen und die Kommunikations- und Kooperationsprozesse zur Bewertung von Stoffen. Der Prozess des Ist-Soll-Abgleiches soll beschrieben und somit für andere Branchen nutzbar gemacht werden (Blaupause). Außerdem soll ein Konzept für eine Kooperations- und Kommunikationsplattform zur Unterstützung der Umsetzung von REACH erarbeitet werden, sowie Informationsmaterialien für Behörden.

Ein Transfer-Workshop für Vertreter von Umweltbehörden dient der Vorstellung der Erfahrungen, die im Rahmen des Vorhabens aus behördlicher Perspektive gesammelt werden und der Diskussion von Möglichkeiten, sich vorausschauend auf die neuen Rahmenbedin-

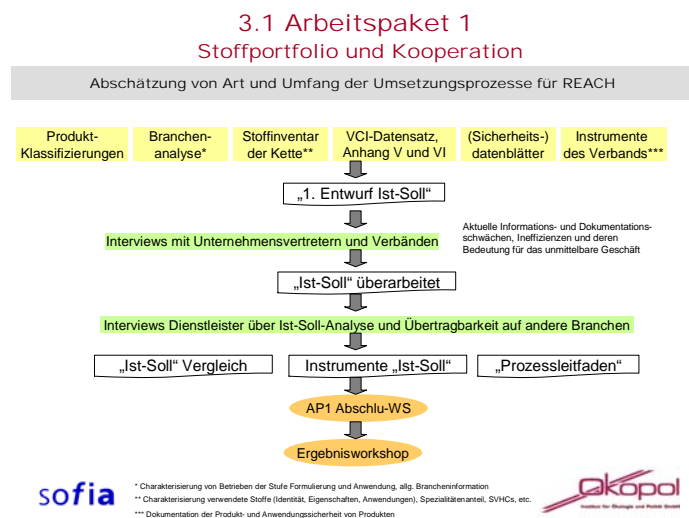
gungen einzustellen. Ein Abschlussworkshop im Herbst 2006 ermöglicht die Projektergebnisse mit der Fachöffentlichkeit auszutauschen.

Die einzelnen Arbeitsschritte werden von einem Projektteam bestehend aus den Projektnehmern Sofia und Okopol, Vertretern von Unternehmen und beteiligter Verbände der 'Wertschöpfungskette Galvanik' sowie von Behörden durchgeführt.

Arbeitspaket 1: Informationsstand über Stoffportfolio, Kommunikation und Kooperation in der Wertschöpfungskette

Ziel dieses Arbeitsschrittes ist es, Umfang und Inhalt der anstehenden Umsetzungsprozesse für bestimmte Typen chemischer Produkte abzuschätzen.

- Welche potentiellen, stoffbezogenen Risiken sind noch nicht hinreichend geklärt und begrenzt?
- Wo bestehen Wissenslücken über Stoffidentitäten, -eigenschaften und Anwendungsbedingungen?
- Wo bestehen Kompetenz- und Kommunikationslücken, die im Rahmen der REACH-Umsetzung geschlossen werden sollten?
- Welche Gestaltungsspielräume können durch bessere Information und Kompetenz in der Risikokommunikation erschlossen werden?



Aus der Beantwortung dieser Fragen

lässt sich ableiten, mit welchen Maßnahmen auf Unternehmens- und Branchenebene sich der Aufwand bei der REACH Umsetzung in ein gutes Nutzen-Kosten-Verhältnis bringen lässt.

Das Ergebnis könnte ein allgemeiner Ist-Soll-Vergleich sein, anhand dessen jedes Unternehmen selbst abschätzen kann, was noch zu tun ist. Wo möglich, werden die Unterstützungsmaterialien aus dem Projekt zu betrieblichen Instrumenten für eine solche Analyse weiterentwickelt. Weiterhin wird geprüft, ob das Vorgehen ein Leitfaden für andere Branchen zur Vorbereitung auf die Umsetzung von REACH sein kann.

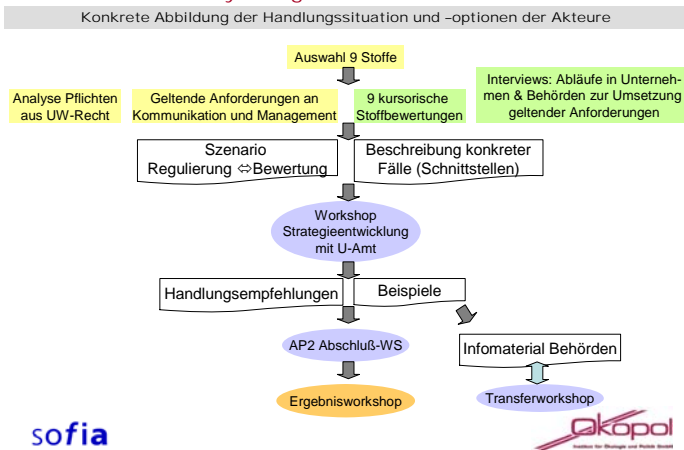
Arbeitspaket 2: Regulatorische Situation – Eigen-Verantwortung und Vollzug

REACH könnte die Umsetzung bestehender rechtlicher Vorgaben erleichtern. Die neu zu erstellenden Dokumentationen können eine Absicherung gegen Image-, Haftungs- und Regulierungsrisiken sein. Denkbar ist aber auch, dass REACH zu einer größeren Unsicherheit darüber führt, was erlaubt und was verboten ist.

Ziel dieses Arbeitspaketes ist es, den sicheren Umgang von Behörden und Unternehmen mit der neuen Situation zu fördern. Die Implikationen von REACH auf Vorgaben aus dem Anla-

gen-, Wasser- und Abfallrecht werden von den Projektnehmern und Behördenvertretern anhand von 9 Stoffbeispielen konkret beschrieben, um zu klären, wie die Schnittstellen zwischen REACH und Umweltrecht strukturiert werden können, dass für alle Beteiligten ein Effizienzgewinn entsteht.

3.2 Arbeitspaket 2 Analyse regulatorische Situation



sofia



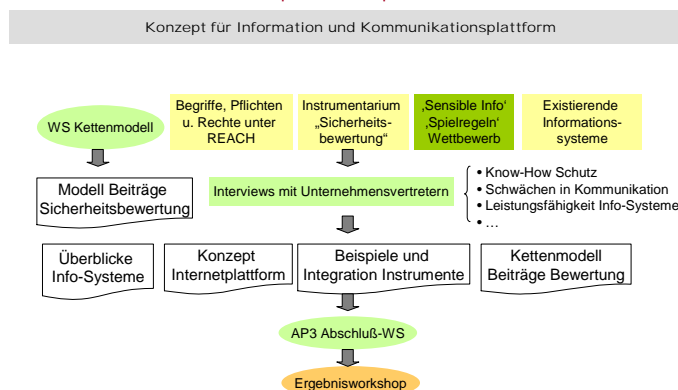
Ergebnisse dieses Arbeitsschrittes sollen Handlungsempfehlungen an Betriebe und Behörden sein, wie die Eigenverantwortung der Betriebe und die Überwachungstätigkeit der Behörden sich gegenseitig unterstützen und die Schnittstellen um Widersprüche oder Dopplungen bereinigt werden können (administrativ und managementbezogen). Außerdem werden Materialien für die Information von Behördenmitarbeitern und -mitarbeiterinnen entwickelt.

Arbeitspaket 3: Neue Kommunikations- und Kooperationsprozesse im Rahmen von REACH

REACH erfordert neue Kommunikations- und Kooperationsprozesse, sowohl entlang der Wertschöpfungskette als auch mit Behörden und Öffentlichkeit. Dabei geht es um organisatorische Aspekte sowie Fragen des institutionellen Rahmens:

- Verständigung zwischen Stoffherstellern und Anwendern über die Anwendungsbereiche und geeignete Anwendungsbedingungen von Stoffen
- Klärung von Verantwortungsschnittstellen zwischen Hersteller, Formulierer und Anwender im Hinblick auf die jeweiligen Beiträge zur Risikobeurteilung.
- Klärung von Schnittstellen des Kommunikations- und Informationsprozesses nach „außen“ (Spannungsfeld zwischen Wissenszugang für Behörden und Öffentlichkeit und Geheimhaltung von Informationen)

3.3 Arbeitspaket 3 Kooperationsprozesse



sofia



Ziel dieses Arbeitspaketes ist es, zu sondieren, welche konkreten Bedarfe nach Unterstützung und Instrumenten es für die Erfüllung der Informations- und Kommunikationspflichten unter REACH gibt und wie diese am effizientesten bedient werden können.

Angestrebte Ergebnisse sind ein Konzept für eine Informations- und Kommunikationsplattform, in dem

sowohl die möglichen Inhalte (z.B. Fakten zu REACH, Bereitstellung von Instrumenten, Illustrationen) als auch Optionen zur Realisierung sondiert werden. Weiterhin wird beispielhaft aufgezeigt, wie existierende Instrumente für die Nutzung unter REACH weiterentwickelt / angepasst werden können.

Projektmanagement:

Die Laufzeit des Projektes beträgt voraussichtlich 8 Monate, Beginn im ersten Quartal 2006.

Das engere Projektteam besteht aus den Auftragnehmern, dem Umweltbundesamt, einem Behörden- sowie einem Verbandsvertreter. Weiterhin sind Praktiker aus Unternehmen der ausgewählten Wertschöpfungskette, weitere Vertreter von Industrieverbänden sowie der Behörden an der Bearbeitung der einzelnen Arbeitsschritte beteiligt.

Kontakt:

	Projektnehmer	Auftraggeber
Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia)	Okopol GmbH	Umweltbundesamt FG IV 1.5
Martin Führ fuehr@sofia-darmstadt.de	Antonia Reihlen, reihlen@oekopol.de	Christiane Heiß,
Stefanie Merenyi merenyi@sofia-darmstadt.de	Kerstin Heitmann, heitmann@oekopol.de	christiane.heiss@uba.de
Natalie Krieger krieger@sofia-darmstadt.de	Heike Luskow, luskow@oekopol.de	
Jaqui Dopfer dopfer@sofia-darmstadt.de		
Tel. 06151-15-8735	Tel.: 040-3910020	Tel.: 0340 2103 3159
Fax 06151-16-8925	Fax: 040-39100233	
www.sofia-darmstadt.de	www.oekopol.de	www.umweltbundesamt.de